Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Reallschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 135 | Freitag, den 17. Mai 1935 | Jahrgang 1935

Wahl des Betriebsführers?

Grundsätzliches zur Stellung der Vertrauensfrage an die Gefolgschaft.

Einer Anregung eines Gauwalters der DAF folgend, hat in den vergangenen Wochen im Anschluß an die Vertrauensratswahlen eine Anzahl von Betriebsführern ihren Gefolgschaften auch die Vertrauensfrage für sich selbst gestellt. Diese Vertrauensabstimmungen, in denen den betreffenden Betriebsführern das volle Vertrauen der Gefolgschaften ausgesprochen wurde, haben auch in der ausländischen Presse Interesse gefunden. Dabei ist allerdings in der Beurteilung dieser Abstimmungen nicht immer von den richtigen Voraussetzungen ausgegangen worden; unter Annahme eines falschen Sachverhalts sind vielmehr irrige Schlußfolgerungen aus diesen Abstimmungen gezogen worden, die es der Deutschen Arbeitsfront geboten erscheinen lassen, durch ihren Informationsdienst sachlich und grundsätzlich folgendes zu dem Vorgehen dieser Betriebsführer zu bemerken:

Die Vertrauensfrage, wie sie von Betriebsführern im Gau Düsseldorf an die Betriebsgefolgschaften gestellt wurde, ist natürlich keine „Abstimmung über den Betriebsführer" oder „Wahl des Betriebsführers" im Sinne irgendwelcher Entscheidung der Gefolgschaften über die Berechtigung des Betriebsführers zur Betriebsführung. Es kann sich somit bei dieser Abstimmung nicht darum handeln, einen Betriebsführer etwa in seiner rechtlichen Eigenschaft als Führer des Betriebes zu „bestätigen" oder ihn etwa — „abzusetzen". Das Recht zur Betriebsführung kann dem Unternehmer weder durch die Gefolgschaft gegeben noch genommen werden. Diese Befugnis kann nur der Staat und die von ihm dafür bestimmten Organe haben. Für eine „Abstimmung" oder „Wahl" des Betriebsführers im Sinne irgendwelcher „Bestätigung" oder „Ablehnung" durch die Betriebsgefolgschaft ist im nationalsozialistischen Staat kein Raum, und eine solche Abstimmung propagieren, hieße dem nationalsozialistischen Autoritäts- und Führerprinzip zuwider handeln und kommunistische Rätemethoden einführen.

Die Vertrauensfrage, wie sie von Betriebsführern des Gaues Düsseldorf der DAF ihren Gefolgschaften gestellt wurden, bezweckt etwas grundsätzlich anderes: Sie soll den Gefolgschaftsmitgliedern Gelegenheit geben, ihren Betriebsführern eine moralische Zustimmung und Anerkennung oder aber — Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen, und damit dem Betriebsführer Aufschluß darüber zu geben, ob die Gefolgschaft seine Arbeit versteht, anerkennt und richtig würdigt und ob sie ihm auch innerlich „folgt", wie es der Sinn der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft mit Betriebsführertum und -gefolgschaft ist. Es handelt sich hier also um einen ausgesprochen moralischen Vertrauensakt. Das ist auch bei der ersten solchen erfolgten Vertrauensabstimmung, die bekanntlich im Textilwerk B. Hoogen u. Co., Dülken, stattfand, mit aller Deutlichkeit durch den Betriebsführer zum Ausdruck gebracht worden, indem er erklärte: „Keiner denkt wohl daran, daß er mich absetzen kann. Aber mein Stellvertreter und ich haben uns der Abstimmung unterziehen wollen, um jedem die Gelegenheit zu geben, uns sein Mißtrauen auszusprechen oder uns seines Vertrauens zu versichern." Ebenso ist bei der Vertrauensabstimmung über den Betriebsführer der Provinzialversicherungsanstalten der Rheinprovinz, Generaldirektor Goebbels, und bei den übrigen inzwischen erfolgten Vertrauensabstimmungen die Gefolgschaft sich vollkommen darüber klar gewesen, daß diese Abstimmungen die Befugnis zur Betriebsführung des Unternehmers in keiner Weise berührten, sondern moralische Vertrauensabstimmungen waren.

Aus der Tatsache, daß aus diesen Vertrauensakten weder rechtliche noch wirtschaftliche Folgerungen zu ziehen sind, ergibt sich aber keineswegs, daß es — wie in einzelnen Kommentaren ausgesprochen wurde — überhaupt „Abstimmungen ohne Folgen" sind. Dem Wesen dieser Vertrauensabstimmungen entsprechend liegt vielmehr auch ihre Auswirkung auf geistigem, bezw. grundsätzlich sozialem Gebiete. Sie dienen der Ueberprüfung des Vertrauensverhältnisses zwischen Betriebsführer und Betriebsgefolgschaft und sollen dem Betriebsführer gegebenenfalls Anregung geben, seine eigene Haltung daraufhin zu überprüfen, inwieweit er stets den Anforderungen wirklichen Betriebsführertums im nationalsozialistischen Sinne entsprochen hat.

Es ist selbstverständlich, daß die Voraussetzungen für die Stellung der Vertrauensfrage unter den gekennzeichneten Gesichtspunkten je nach den verschiedenen betrieblichen Verhältnissen verschieden zu beurteilen sind. Insbesondere aber ist selbstverständlich, daß sie niemals unter Druck — und sei es auch nur moralischer Art — erfolgen kann, wenn sie wirklich Wert und Zweck haben soll. Erste Voraussetzung für einen dem Sinn dieses Vertrauensaktes entsprechenden Erfolg ist die innere Bereitschaft des Betriebsführers, sich aus eigenem Antriebe seiner Gefolgschaft zur Vertrauensabstimmung zu stellen, und aus dem Ergebnis dieser Abstimmung auch die richtigen Folgerungen zu ziehen. Es ist selbstverständlich, daß der Erfolg einer Vertrauensabstimmung dieser Art nicht sein darf, daß der Betriebsführer, dem etwa aus der Abstimmung ein mißbilligendes Echo entgegenschlug, sein Führertum selbst aufgibt und sich gewissermaßen der Gefolgschaft „ausliefert", um sich in billige Gunst zu bringen. Dort, wo die Gefolgschaft etwa mangelndes Vertrauen zeigt, wird der Betriebsführer vielmehr suchen müssen, ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen ihm und der Gefolgschaft zu schaffen, sei es, daß er sein eigenes unzulängliches Verhalten revidiert, oder sei es, daß er sich um ein größeres Verständnis der Gefolgschaft für sein wirtschaftlich notwendiges Verhalten bemüht. Dabei wird dem Betriebsführer nicht zuletzt die Bedeutung zum Bewußtsein kommen, die der Pflege und Förderung eines echten Betriebsgemeinschafts- und Vertrauensverhältnisses zukommt.

Die Stellung der Vertrauensfrage in diesem Sinne setzt ein hohes Pflichtgefühl und soziales Verantwortungsbewußtsein, sowie wirkliches Betriebsführertum im Geiste nationalsozialistischer Führeraufgabe voraus.

Eine Rede Edens an Deutschland.

Der Lordsiegelbewahrer über Abrüstung und Sicherheit. — Der englischen Weisheit letzter Schluß: der Völkerbund.

Englands unerfüllte Hoffnungen.

£ London, 16. Mai.

Lordsiegelbewahrer Eden hielt am Donnerstagabend im Londoner Stadtteil Fulham seine erste öffentliche Rede seit seiner Genesung.

Eden gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die mit dem englisch-französischen Protokoll vom 3. Februar eingeleitete Politik und fuhr dann fort, er wolle in ein paar Sätzen in die Erinnerung zurückrufen, warum das Ergebnis des Berliner Besuches nicht alle Hoffnungen erfüllt habe.

Das Londoner Protokoll habe in der Hauptsache zwei Dinge behandelt: Sicherheit und Abrüstung. In keiner dieser beiden Fragen habe man in Berlin wesentliche Fortschritte erzielen können.

In der Sicherheitsfrage habe Deutschland inbezug auf einen mehrseitigen osteuropäischen Nichtangriffspakt ein Angebot gemacht. Es sei wichtig, daß alles getan werde, um den besten Gebrauch von diesem Angebot zu machen. England gründe seine Auffassung von der europäischen Sicherheit auf den Völkerbund; leider sei es nicht in der Lage, zurzeit Deutschlands Bereitwilligkeit zu verzeichnen, seine Mitgliedschaft wieder aufzunehmen.

Auch in der Rüstungsfrage hätten sich die englischen Hoffnungen nicht erfüllt.

Es sei durchaus richtig, daß die deutsche Regierung, wie schon oft zuvor, ihren Wunsch nach einem Rüstungsabkommen betont habe. Was die in dieser Frage bestehenden Schwierigkeiten angehe, so wolle er das Beispiel der Truppenbestände anführen.

In allen bisherigen Abrüstungsbesprechungen sei man davon ausgegangen, daß in einem etwaigen Abkommen über die militärischen Streitkräfte Parität zwischen den in Europa befindlichen Truppen der drei großen westlichen Festlandmächte Frankreich, Deutschland und Italien herrschen müsse. Dieser Vorschlag sei auch im Macdonald-Plan enthalten gewesen. Für die drei genannten Länder seien 200 000 Mann und für Sowjetrußland die erheblich höhere Ziffer von 500 000 Mann vorgeschlagen worden. Deutschland selbst habe in der Vergangenheit diesen Entwurf gepriesen und habe später bedauert, daß man die Grundsätze des Macdonald-Planes verlassen habe. In der Tat sei dieser Entwurf von der Abrüstungskonferenz einschließlich Deutschland als Grundlage eines künftigen Abkommens angenommen worden.

Als er vor einem Jahre Berlin, Rom und Paris besuchte, sei der Paritätsgrundsatz für die drei westlichen Festlandmächte nirgendwo bestritten worden. Deutschland habe jedoch damals eine Erhöhung der Zahl von 200 000 auf 300 000 Mann vorgeschlagen. Wenn jetzt die deutsche Regierung die Notwendigkeit von 550 000 aufrecht erhalte, sei es klar, daß bei einer so hohen Ziffer die Parität zwischen den drei westlichen Festlandmächten auf einer gleichen Ausbildungsgrundlage ehrlich gewahrt unerreichbar sei.

Er wisse die Ansicht der deutschen Regierung zu schätzen, daß diese Ziffer angesichts der deutschen Besorgnisse in Osteuropa gerechtfertigt sei.

Daher wolle er sich für einen Augenblick der Lage in Osteuropa widmen. Es sei nicht seine Absicht, die Innenpolitik irgendeines Landes zu erörtern, und was man auch immer von dem Experiment denke, das zurzeit in Sowjetrußland erprobt werde: Niemals zuvor sei er in einem Lande gewesen, das auf viele Jahre hinaus so sehr mit seinen inneren Arbeiten in Anspruch genommen sei, wie Sowjetrußland, wo noch manches getan werden müsse, um das Schiff wieder in den richtigen Kurs zu bringen.

Das werde auch von vielen Leuten in Sowjetrußland selbst nicht bestritten. Sowjetrußland würde sich in seinem eigenen Interesse gegen alles wenden, was die Maschinerie, die zurzeit in mühevoller Arbeit errichtet werde, erschüttern könnte, und man könne sich keine größeren Erschütterungen vorstellen, als einen Krieg.

Auch der geographische Faktor dürfe nicht übersehen werden. Die Entfernungen, die den größten Teil Deutschlands von Sowjetrußland trennten, seien riesig. Seit der Wiedergeburt des großen polnischen Staates, der bereit und gewillt sei, auf der europäischen Bühne eine beträchtliche Rolle zu spielen, sei die Möglichkeit enes sowjetrussischen Angriffes auf Deutschland eine geographische Anachronismus (!!) geworden.

Aus diesen und anderen Gründen sei es für ihn schwierig, die Besorgnisse über einen militärischen Angriff Sowjetrußlands zu teilen, die in Deutschland heute anscheinend herrschen, und er müsse hinzufügen, daß, wenn eine Nation sich um ihre eigene Sicherheit sorge, für sie der beste Weg der sein würde, ihren Platz im Völkerbunde einzunehmen und dadurch den Nutzen der kollektiven Sicherheit zu erhalten.

Wenn jetzt die internationale Lage vielfach mit den Jahren vor dem Kriege verglichen werde, so sei ein solcher Vergleich nur teilweise richtig. Heute gebe es mindestens zwei höchst wichtige stabilisierende Elemente, die vor dem Kriege nicht bestanden:

1. der Völkerbund und 2. die Locarno-Verträge.

Der Locarno-Pakt sei zum Vorteil aller seiner Unterzeichner abgeschlossen worden. Die Gegenseitigkeit sei das lebenswichtige Element von Locarno.

Der Redner fragte dann,

welche Politik England bei der gegenwärtigen europäischen Lage treiben solle.

Großbritannien könne Frieden und Sicherheit nicht in der Isolierung finden. Auch ein System von Bündnissen sei keine dauerhafte Lösung der Schwierigkeit. Als einzige Lösung verbleibe lediglich ein kollektives Friedenssystem. Die einzig praktische Lösung eines solchen heute bestehenden Systems sei der Völkerbund. Er glaube, daß eines Tages alle Nationen sich ebenfalls für diese Lösung erklären würden. Aber dieser Zustand sei noch nicht erreicht. Kollektive Sicherheit bedeute nicht ein ausgewähltes Bündnis gegen irgendeine einzelne Nation; es bedeute, daß jede Nation ihre Mittel zur Verfügung stelle, um allen Nationen Sicherheit zu geben.

In Westeuropa werde beispielsweise kein kollektives Sicherheitssystem zur Verhinderung eines Krieges ausreichen ohne die Mitwirkung Englands und englischer Streitkräfte.

Er bedauere, in den vergangenen Wochen das Wiederaufleben von Redensarten wie „deutsch-freundlich" und „frankreich-freundlich" beobachtet zu haben. Nach seiner Ansicht seien in der modernen Welt derartige Phrasen völlig bedeutungslos.

Die englische Politik sei gegen keine Nation gerichtet, sondern nur gegen solche Nation oder Nationen, die gegen die Grundsätze der Völkerbundssatzungen verstießen, die England angenommen habe.

England werde immer auf der Seite des kollektiven Systems gegen jede Regierung oder jedes Volk zu finden sein, das durch eine Rückkehr zur Machtpolitik den Frieden zu brechen suche, den dieses System gerade schaffen wolle. Die öffentliche Meinung in England werde nicht so sehr durch Friedenserklärungen, als vielmehr durch konstruktive Beiträge beeinflußt werden, die eine Regierung zur gemeinsamen guten Sache zu leisten bereit sei.

Tschechisch-russischer Pakt unterzeichnet.

Nach dem Muster des Pariser Beistandspaktes.

BND Prag, 16. Mai.

Am Donnerstag kurz nach 13 Uhr wurde im Außenministerium der tschechoslowakisch-sowjetrussische Hilfeleistungspakt unterzeichnet. Für die Tschechoslowakei unterzeichnete der Minister des Aeußern, Dr. Benesch, für die Sowjetunion der hiesige sowjetrussische Gesandte Alexandrowski den Vertrag.

Der Pakt stimmt mit den ersten drei Artikeln des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes vollkommen überein.

Artikel 4 des Vertrages besagt: Ohne Beeinträchtigung der vorhergehenden Bestimmungen dieses Vertrages wird festgesetzt, daß sich, wenn eine der hohen vertragschließenden Parteien von einem oder mehreren dritten Staaten unter Bedingungen angegriffen wurde, die keine Grundlage zur Leistung von Hilfe und Unterstützung nach diesem Vertrag bieten, die zweite hohe Vertragspartei verpflichtet, während der Dauer des Konflikts weder direkt noch indirekt dem Angreifer oder den Angreifern Hilfe oder Unterstützung zu gewähren, wobei jede der Parteien erklärt, daß sie durch keinerlei Hilfeleistungsabkommen gebunden ist, das mit dieser Verpflichtung in Widerspruch stünde.

Artikel 5 besagt: Die oben angeführten Verpflichtungen stehen in Uebereinstimmung mit den Verpflichtungen der hohen Vertragsparteien als Mitglieder des Völkerbundes; deshalb wird auch keiner Bestimmung dieses Vertrages eine Auslegung gegeben werden, die die Mission des Völkerbundes beschränken würde, soweit es sich um geeignete Maßnahmen zur wirksamen Sicherung des Weltfriedens handelt oder die Verpflichtungen beschränken würden, die sich für die hohen Vertragsparteien aus dem Völkerbundspakt ergeben.

Im Artikel 6 heißt es, daß der Vertrag nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Moskau erfolgen wird, sofort in Kraft tritt und fünf Jahre in Geltung bleibt. Falls er von einer der Vertragsparteien nicht nach einer mindestens einjährigen Kündigung vor Ablauf dieser Frist gekündigt wird, bleibt er auf unbeschränkte Zeit in Gültigkeit.

Auch Punkt I und III des Unterzeichnungsprotokolls sind mit jenen des französisch-sowjetrussischen Protokolls identisch.

In Punkt II stellen die beiden Regierungen fest, daß die Tragweite der in den Artikeln 1, 2 und 3 des Vertrages enthaltenen Verpflichtungen, der in dem Bestreben abgeschlossen wurde, in Osteuropa ein regionales Sicherheitssystem auszubauen, so abgegrenzt ist, wie es in Punkt IV des unterzeichneten Protokolls zu dem erwähnten Vertrag festgesetzt ist. Beide Regierungen anerkennen zugleich, daß die Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfeleistung zwischen ihnen nur soweit wirksam sein werden, als die von diesem Vertrag vorgesehenen Bedingungen gegeben sind und dem Opfer des Angriffes von seiten Frankreichs Hilfe gewährt wird.

Die Ueberführung des Leichnams Pilsudskis nach der St. Johann-Kathedrale.



Scherl (M)

Am späten Abend des Mittwochs wurde der Leichnam des Marschalls Pilsudski vom Belvedere-Schloß nach der St. Johann-Kathedrale überführt. Unser Bild zeigt den Trauerzug mit dem Sarg, der, bedeckt mit der weiß-roten Fahne Polens, auf einer Lafette gefahren wurde.

Das Ergebnis von Moskau.

Der französische Außenminister, der jetzt zur Beisetzung des Marschalls Pilsudski von Moskau nach Warschau zurückgekehrt ist, hat anstrengende Tage hinter sich. In der Hauptstadt des Sowjetregimes hat man es nicht daran fehlen lassen, dem Gaste eine Fülle von Beigaben zu den politischen Besprechungen zu bieten. Frühstücke, „Liebesmähler", Galaoper mit Ballett, Besichtigung des Kremls und nachts um 8 Uhr der Druckerei der „Prawda", mit 1,7 Millionen Auflage der größten sowjetrussischen Zeitung, militärische Flug- und Fallschirmvorführungen, Fahrt auf der Untergrundbahn und andere Ehrungen füllten die Tage und auch wesentliche Teile der Nächte aus. Alles geschah, um dem Vertreter der verbündeten Nation die Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, die man heute in Moskau für das durch den Beistandspakt der Sowjetunion verpflichtete Frankreich hegt.

Die französische Presse hebt gebührend hervor, wie stark an den Verhandlungen Stalin, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, beteiligt war. Zu dieser Hervorhebung besteht gewiß Anlaß. Denn nicht nur ist jetzt zum ersten Male die Fiktion aufgegeben worden, daß die Partei und die Sowjetregierung zweierlei seien, sondern es wird auch als Ergebnis der Verhandlungen Lavals mit Stalin in dem amtlichen Schlußbericht betont, daß wie die Sowjetunion so auch Frankreich verpflichtet sei, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzusetzen, und daß Stalin sein volles Verständnis für die Bestrebungen Frankreichs ausgesprochen habe, einen Rüstungsstand zu erreichen, der den „Notwendigkeiten seiner Sicherheit" entspreche. Stalin billigt also die von den französischen Kommunisten bekämpfte Heraufsetzung der Wehrpflicht in Frankreich auf zwei Jahre und, was sonst zur Verstärkung der französischen Rüstung geschehen ist und noch geschieht. Diese Erklärung ist den französischen Kommunisten natürlich nicht gerade angenehm, und es fragt sich sehr, ob sich diese Meister der doppelten Moral dadurch in ihrer antimilitaristischen Propaganda beeinflussen lassen werden.

Da es sich bei den Unterredungen Lavals sehr stark um militärische Fragen handelte, traten auch bei den anderen Veranstaltungen der Volkskommissar für das Kriegswesen Woroschilow und die hohen Offiziere der sowjetrussischen Generalität stark in Erscheinung, wie denn dieser auch für die militärische Durchführung und Sicherung des Beistandspaktes noch in der kommenden Zeit eine bedeutende Rolle zufällt. Das gleiche dürfte für den gestern in Prag unterzeichneten tschechoslowakisch-sowjetrussischen Beistandspakt gelten, durch den das beiderseitige Bündnis mit Frankreich gegen Deutschland noch verstärkt wird. Ein kühnes Beginnen ist es, wenn der englische Lordsiegelbewahrer Eden diese für den europäischen Frieden äußerst beunruhigenden Militärbündnisse zu bagatellisieren sucht. Es wird gewiß den Russen nicht gelungen sein, ihn und auch Laval mit Potemkinschen Dörfern über die Rückständigkeiten und Nöte des russischen Lebens zu täuschen, aber man erinnert sich doch noch allzusehr nicht nur an die Rede Woroschilows, in der er sich über das gigantische Ausmaß des sowjetrussischen Rüstungsstandes äußerte, sondern auch an die Rede Stalins, in der dieser mit der Sorge für die starke Rote Armee den Tiefstand des russischen Lebensniveaus entschuldigte. Sträflicher Leichtsinn wäre es, würde man die Beistandspakte und was an militärischen Anstrengungen dahinter steckt, auf die leichte Schulter nehmen.

Der zweite wichtige Punkt in dem Moskauer Schlußbericht ist die Betonung der „unaufschiebbaren Verwirklichung eines Regionalpaktes in Osteuropa, der die ursprünglich hierfür vorgesehenen Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den Nichtangriff, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreifers abzielen." Beide Regierungen, so wird erklärt, würden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zweck für die Ausgestaltung des geeignetsten diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen. In diesen Worten liegt der Verzicht auf den früheren Ostpaktplan, der bekanntlich militärischen Beistand vorsah. Der neue Ostpaktvorschlag, für den Litwinow und Laval nach ihrer diplomatischen Niederlage mit dem von Barthou noch entworfenem Plan eintreten, hat also ein bescheideneres Ziel. Er soll nur auf die Verpflichtung begründet werden, nicht anzugreifen, einen Angreifer nicht zu unterstützen und im übrigen in einem Konfliktsfall eine „Konsultation" zur Beilegung des Streites durchzuführen. Nach Meldungen englischer Blätter aus Moskau soll Polen, das ja wie Deutschland den früheren Plan abgelehnt hat, bereit sein, einem derartigen Pakt unter der Bedingung beizutreten, daß Deutschland sich daran beteilige, daß die Tschechoslowakei, die ein mitteleuropäisches, aber kein osteuropäisches Land sei, ausgeschlossen werde und daß Litauen sich mit Polen über Wilna einige. Die drei baltischen Staaten, heißt es weiter, würden diesem Pakt ebenfalls beitreten, falls Polen und Deutschland ihm ebenso wie die Sowjetunion angehörten. Das Ziel der baltischen Länder sei, kein Anhängsel eines bestimmten Landes zu werden. Die englischen Berichte betonen, daß sich auf die Haltung dieser drei Staaten auf der soeben abgeschlossenen Konferenz in Kowno der britische Einfluß deutlich ausgewirkt habe. Unzufrieden sei man jedoch mit Litauen, dessen „private Streitigkeiten" ein Hindernis für eine englische Zusammenarbeit zwischen dem baltischen Bund auf der einen und Polen und Deutschland auf der anderen Seite seien. Wir können hiernach feststellen, daß man sich in Moskau dem deutschen Standpunkt wesentlich genähert hat. Abzuwarten bleibt natürlich die amtliche deutsche Stellungnahme zu dem neuen französisch-russischen Vorschlag, dessen Einzelheiten nach der Rückkehr Lavals nach Paris bekanntgegeben werden sollen. Es ist also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese Bekanntgabe noch vor der vom Ausland schon seit Wochen und natürlich auch vom deutschen Volke mit größter Spannung erwarteten Reichstagsrede des Führers erfolgt. #

Ein nichtstarres amerikanisches Marineluftschiff vom sogenannten K-Typ stürzte in Lakehurst aus niedriger Höhe nach einem ganztägigen Uebungsflug bei der Landung ab, als die Landungsmannschaft die Haltetaue bereits ergriffen hatte. Ein Mann wurde verletzt. Die Ursache des Absturzes ist noch unbekannt.

Litwinow Ende Mai in Paris.

Stalins Billigung der von den Kommunisten bekämpften französischen Rüstungspolitik. – Der neue Plan eines östlichen Nichtangriffspaktes.

Der Ausklang des Moskauer Besuchs.

Moskau, 16. Mai.

Die amtliche Mitteilung über den Inhalt der sowjetrussisch-französischen Besprechungen enthält zweifellos nur einen Teil der hierbei berührten Fragen. Ueber die Unterredung Lavals mit Stalin ist beispielsweise in dieser Verlautbarung nur wenig enthalten.

In hiesigen diplomatischen Kreisen hebt man hervor, daß Laval, wie es sich in seiner Tischrede vom 13. Mai zeigte, einer allzu einseitigen Einstellung in Fragen der Sicherheitspolitik nicht zugestimmt habe. Der Kernpunkt des Abschlußkommuniqués sei die Billigung von Frankreichs Politik der nationalen Verteidigung.

Dies habe im Hinblick auf die antimilitaristische Propaganda in Frankreich hervorragende Bedeutung und stelle den größten diplomatischen Gewinn dar, den Laval heimbringen könne. Auch vom Moskauer Standpunkt aus ist diese Frage von weittragender grundsätzlicher Bedeutung.

Laval habe bei den Besprechungen über die Sicherheitspolitik Wert darauf gelegt, auf gewisse polnische Wünsche und Vorbehalte Rücksicht zu nehmen und darüber hinaus den Weg zur Verständigung im weiteren Rahmen offen zu halten.

Er scheint mit Rücksicht auf Polen damit einverstanden zu sein, daß die Tschechoslowakei als ein an Fragen Nordosteuropas nicht unmittelbar beteiligter Staat an einem Ost-Nichtangriffspakt unbeteiligt bleibe.

Bei einem Presseempfang am Mittwoch nachmittag erklärte Laval jedoch auf eine in diesem Zusammenhang gestellte Frage, daß er darüber mit dem polnischen Außenminister Beck nicht gesprochen habe, da es sich gegenwärtig um das Zustandebringen des Paktes als solchen handele und es verfrüht sei, schon jetzt die Teilnehmerfrage aufzuwerfen.

Am letzten Tage seines Moskauer Aufenthaltes war Laval noch zum Frühstück beim Moskauer Staatssowjet. Der Vorsitzende des Moskauer Sowjets, Bulganin, begrüßte bei dieser Gelegenheit Laval als Bürgermeister von Aubervilliers. Laval antwortete ebenfalls unter Bezugnahme auf sein kommunalpolitisches Amt. Eine besondere Ehrung für den französischen Minister war es, daß ihm nach mittelalterlichem Brauch in symbolischer Handlung die Moskauer Stadtschlüssel überreicht wurden. Am Nachmittag fand ein Empfang in der französischen Botschaft und im Anschluß daran ein kurzer Empfang der Presse statt. Am Abend wohnte Laval ihm zu Ehren veranstalteten Ballettvorführungen bei, bei denen u. a. „Bilder aus der französischen Revolution von 1789" dargeboten wurden.

Am Mittwochabend hat Laval Moskau verlassen, um in Warschau an den Trauerfeierlichkeiten für Marschall Pilsudski teilzunehmen.

Wie von sowjetrussischer offiziöser Seite mitgeteilt wird, sei der Gegenbesuch des Außenkommissars Litwinow in Paris nunmehr beschlossen worden. Litwinow werde Ende Mai in Paris erwartet. Er wolle mehrere Tage in der französischen Hauptstadt bleiben, um die politischen Verhandlungen, auch die über den Ostpakt fortzusetzen.

Anderen Informationen zufolge wird gleichzeitig eine bedeutende Persönlichkeit der Roten Armee und Marine nach Paris reisen, um mit den französischen militärischen Kreisen, besonders mit dem französischen Generalstab Verbindung aufzunehmen.

Skeptische Beurteilung der Erklärung Stalins in Frankreich.

DNB Paris, 16. Mai.

„Die französisch-sowjetrussische Freundschaft ist besiegelt worden", erklärte Laval im Rundfunk kurz vor seiner Abreise aus Moskau. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung bucht die französische Presse in ihrer großen Mehrheit die als wesentliches Ergebnis hervorgehobene Stelle der Schlußverlautbarung, in der erklärt wird, daß Stalin die Politik der Landesverteidigung Frankreichs billige. Das sei, meint die Berichterstatterin des „Oeuvre", eine außergewöhnliche Erklärung. Sie habe selbst die sowjetrussischen Kreise überrascht. Diese Erklärung könne auf die allgemeine Entwicklung des Kommunismus einen bedeutenden Einfluß haben.

Stalin persönlich greife ein, schreibt andererseits Pertinax im „Echo de Paris", um die Doktrin der französischen Kommunisten zu berichtigen.

Das sei wichtig aus zwei Gründen. Einmal lehne Moskau offiziell seine westeuropäischen Nachbeter ab, so daß die französische Regierung, wenn sie den Mut dazu aufbringe, nur noch die Verfechter pazifistischer Gedanken zu drosseln brauche, zum anderen trete Stalin durch diese schriftlich festgelegte Erklärung aus dem geheimnisvollen Dunkel, mit dem er sich bisher umgeben habe, heraus.

Der Wert dieser Zusage wird allerdings von einer Reihe französischer Blätter in Zweifel gezogen. „Journal" erinnert daran, daß bereits 1932 die Sowjets mit Frankreich einen Pakt abgeschlossen hatten, in dem die Einstellung der revolutionären Propaganda versprochen worden war, ohne daß diese Versicherung eingehalten wurde. „Matin" erklärt, wenn die kommunistische Propaganda im Heer nicht sofort aufhöre, dann würden die Sowjets erneut ihre Doppelzüngigkeit bewiesen haben.

„Ami du Peuple", „Quotidien" und „Le Jour" bleiben äußerst skeptisch. Selbst „Ere Nouvelle" scheint von der Wirkung nicht allzu überzeugt zu sein.

Die kommunistische „Humanité" erteilt bereits eine vielsagende Antwort: „Gewisse Kreise werden nicht verfehlen, diese Stelle der amtlichen Verlautbarung gegen uns auszulegen. Sie mögen sich aber eines Besseren belehren lassen. Stalin hat lediglich gesagt, daß er die gegenüber den nationalsozialistischen Kräften getroffene Verteidigungsmaßnahme billige.

Andere Blätter kündigen deshalb an, daß die französischen Kommunisten nach wie vor ihre Propaganda fortsetzen und sogar verstärken würden.

Im übrigen rühmen die Berichterstatter der französischen Presse den Kampfeswert des sowjetrussischen Heeres unter eingehender Schilderung der Fliegerparade zu Ehren Lavals. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" versichert, daß die Sowjets bereits über 4000 moderne Kampfflugzeuge besitzen. Im Falle eines Konfliktes würde also die Hilfe Rußlands kein leeres Wort bleiben. In diesem Zusammenhang

kündigt der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" an, daß im Laufe des Sommers zwei französische Regimenter der sowjetrussischen Armee einen Besuch abstatten werden gleichsam als Vorspiel für die Besprechungen von Generalstab zu Generalstab, die früher oder später Platz greifen müßten.

In der allgemeinen Bilanz, die Pertinax im „Echo de Paris" aus den Moskauer Besprechungen zieht, heißt es: Niemand kann schon heute voraussehen, was in der Praxis der Pakt vom 2. Mai ergeben wird. Das Problem enthält zu viele Unbekannte. Für den Augenblick genügt die Feststellung, daß die deutsche Gefahr für Sowjetrußland wie für Frankreich die Hauptgefahr darstellt, vor der alle anderen Erwägungen zurücktreten müßten. Was die Offenherzigkeit, mit der die Verhandlungen geführt wurden, anlangt, braucht man nur daran zu erinnern, daß Laval vor Stalin die Frage der Vorkriegsschulden und der religiösen Freiheit anschneiden konnte, ohne auf eine kategorische Ablehnung zu stoßen. Was die diplomatische Zusammenarbeit beider Länder betrifft, scheinen die konkreten Probleme zu keinen formellen Entscheidungen geführt zu haben. Von beiden Seiten ist allerdings ohne große Ueberzeugung der Wunsch geäußert worden, daß man Polen für den Pakt vom 2. Mai gewinnen möge.

Ein endloser Pilgerzug zum Sarge Pilsudskis.

Die Aufbahrung in der Warschauer Kathedrale. – Abordnungen aus ganz Polen.

Das polnische Volk nimmt Abschied

DNB Warschau, 16. Mai.

Seit Mitternacht ist die St. Johannes-Kathedrale das Ziel von Hunderttausenden aus Warschau und vieler Abordnungen aus allen Teilen des Landes. In der Mitte der Kathedrale steht auf hohem Katafalk der Sarg mit der Leiche Pilsudskis. Er ist aus dem Holz von Eichen gefügt, die auf der geliebten Wilnaer Heimaterde des Entschlafenen wuchsen. Dort wird ja auch sein Herz seine letzte Ruhestätte finden, das bis zu seiner Ueberführung in einer Urne aus Kristall im Schloß aufgebahrt wird. Der Sarg des polnischen Nationalhelden ist außen mit getriebenen Silberplatten belegt. Eine Kristallscheibe im Sargdeckel läßt das Gesicht des Toten sichtbar werden. Gleich unter der Scheibe sieht man auch ein schlichtes Kreuz, etwas tiefer ein metallenes Brustbild der Offiziere der 1. Legion und das kleine Bild der Mutter Gottes der Ostra Brana in Wilna. Dieses Bildchen hat der Marschall seit seiner frühesten Jugend, während seiner Schulzeit, in den Jahren der Verbannung in Sibirien, bei seinen Kämpfen als Führer der Legion während des Weltkrieges bis zur Todesstunde bei sich getragen. Der übrige Teil des Sarges ist mit einem großen Fahnentuch bedeckt, das das Hoheitszeichen der Republik Polen, den weißen Adler, zeigt. Obenauf liegt der Säbel des Marschalls und seine Pelzmütze. Von der Decke der Kathedrale hängen riesige rot-weiße Fahnentücher herab, die über dem Sarg einen Baldachin bilden. Offiziere und Unteroffiziere der verschiedensten Formationen des Heeres halten mit blanker Waffe die Ehrenwache. Durch die schwarzverhängten Fenster dringt gedämpftes Licht. Tausende und Tausende ziehen seit 2 Uhr nachts in langer, endloser Kette am Sarg vorbei. Sie grüßen zum letzten Male Polens größten Helden. Geduldig warten weitere Tausende stundenlang vor dem Hauptportal, bis auch sie eingelassen werden. Stumm gehen sie — Schüler, Soldaten, Bauern, Arbeiter, Männer und Frauen in schlichten, dunklen Röcken — durch den geweihten Raum. In den frühen Vormittagsstunden waren weit über 100 000 Personen am Sarge vorbeigeschritten. In ihren Gesichtern spiegelt sich die Liebe wider, die das polnische Volk in allen seinen Klassen und Schichten seinem größten Helden entgegenbringt und entgegenbringen wird, solange es Polen gibt, die ihr Vaterland lieben.

Die Warschauer Stadtverwaltung hat die Bevölkerung aufgerufen, am Tage der Trauerfeier und der Beisetzung die Häuser nur mit schwarzen Trauerfahnen zu beflaggen. Der Zentralverband der polnischen Industrie forderte seine Mitglieder auf, eine Million Zloty als Grundstock zum Bau eines Pilsudskis-Denkmals in der Hauptstadt zu stiften. Mittwoch nachmittag stattete das Warschauer diplomatische Korps der Witwe des Marschalls Kondolenzbesuche ab.

Göring nach Warschau abgereist.

DNB Berlin, 16. Mai.

Ministerpräsident General Göring hat heute abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Warschau Berlin verlassen. In seiner Begleitung befinden sich als Vertreter der Wehrmacht General der Infanterie von Bock für das Reichsheer, Konteradmiral Witzel für die Reichsmarine und Generalmajor Weser für die Reichsluftwaffe, außerdem Oberstleutnant Bodenschatz und Major Conrath. Während des Aufenthaltes in Polen ist dem Ministerpräsidenten der polnische Oberst von Morawski attachiert.

Professor Hauer sprach in Münster.

h Münster, 16. Mai.

In einer Kundgebung der Deutschen Glaubensbewegung sprach am Donnerstagabend in dem überfüllten Saale der Stadthalle zu Münster Professor Wilhelm Hauer. Professor Hauer, dessen Ausführungen sich im Wesentlichen mit seiner Berliner Sportpalastrede deckten, über die wir seiner Zeit berichteten, legte zunächst dar, wie er zu seiner neuen Glaubensüberzeugung gekommen ist, wie er im Christentum nicht mehr seinen Glauben sah. Mehrmals betonte er, daß die Deutsche Glaubensbewegung nicht daran denke, irgend einen Christen von seinem Glauben abzuwenden, und er hob die religiöse Duldsamkeit, die er dem Christentum absprach, geradezu als Wesenszug seiner Bewegung hervor. Die Glaubensbewegung wolle diejenigen Menschen sammeln, die im Christentum nicht mehr das finden, was ihr Herz verlange. Das Volk, die Zukunft solle entscheiden, welcher Weg gegangen werden soll. Wenn auch auf Seiten seiner Bewegung der Kampf manchmal Formen annehme, die er nicht wolle, so bedauere das niemand mehr als er selbst. Der Redner wandte sich gegen den Vorwurf, daß er und seine Bewegung die deutsche Einheit störten, und wies es von sich, als Sektierer zu gelten. Christentum und Deutsche Glaubensbewegung seien einander entgegengesetzt, und man solle nicht versuchen, die Gegensätze zu überbrücken, zu „verkleistern". In diesem Zusammenhang meinte Hauer auch, daß das Christentum deutscher Art entgegengesetzt sei. Im einzelnen setzte er dann seine Anschauungen von Gott, von Gottsein und Gottgewärtigkeit auseinander. Zum Schluß forderte er die deutsche Gemeinschaftsschule.

Die Rede Hauers wurde mehrfach, besonders zu ihrem Beginn, durch Zurufe unterbrochen. Nach der Versammlung gaben Andersdenkende auf der Straße in Gesängen und Sprüchen ihrer Ueberzeugung Ausdruck.

Marschall Pétain auf der Durchreise in Berlin.

Besuch im Ehrenmal.

DNB Berlin, 16. Mai.

Auf der Durchreise nach Warschau, wo er bei den Trauerfeierlichkeiten für Marschall Pilsudski die französische Regierung vertritt, ist Donnerstag morgen um 8,45 Uhr Marschall Pétain in Berlin eingetroffen. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurde er vom französischen Botschafter Francois-Poncet erwartet. Im Auftrage des Führers und Reichskanzlers und des Reichswehrministers von Blomberg war General von Reichenau erschienen, um den Marschall zu begrüßen und ihm seinen Wagen zu einer kurzen Rundfahrt durch Berlin zur Verfügung zu stellen. General von Reichenau zeigte dem Marschall Pétain auf einer kurzen Rundfahrt die Hauptsehenswürdigkeiten der Berliner Innenstadt. Marschall Pétain verweilte bei dieser Gelegenheit kurze Zeit im Ehrenmal. Um 10 Uhr trat Marschall Pétain vom Schlesischen Bahnhof aus die Weiterreise an.

Schneegestöber im Hunsrück.

DNB Trier, 16. Mai.

Nachdem schon in der Nacht zum Mittwoch im Hunsrück ein Witterungsumschlag eingetreten war, setzte am Mittwoch selbst ein schweres Schneegestöber ein. Dichter Schnee hüllte die zum Frühling rüstende Natur in ein winterliches Gewand. Einige Landstriche des Hunsrück und des Hochwaldes wurden auch von schweren Hagelstürmen heimgesucht, denen bald wiederum heftiges Schneetreiben folgte.

*

Der Mittwoch brachte im Allgäu einen so starken Temperaturrückgang, daß am Abend bis auf 800 m herunter der Regen in Schnee überging. Am frühen Morgen zeigte sich der Kemptener Wald in weißen Winterkleid. Die Temperatur liegt um 0 Grad.

Deutschlands Wirtschaft und die Völker des Südostens.

Eröffnung der Breslauer Südostausstellung.

DNB Breslau, 16. Mai.

In der Breslauer Jahrhunderthalle fand am Donnerstag die Eröffnung der Breslauer Südostausstellung statt. Namens der Breslauer Ausstellungs- und Messegesellschaft begrüßte Stadtrat Kempe die zahlreich erschienenen Gäste. Er begrüßte insbesondere die Gesandten Bulgariens, Rumäniens, Südslawiens sowie den Vertreter des polnischen Botschafters, ferner den Gauleiter und Oberpräsidenten, die Vertreter der Partei, der Reichswehr, der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie der Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsverbände und der Landwirtschaft.

Nach diesen Begrüßungsworten wies der Landesbauernführer Freiherr v. Reibnitz auf die neben der traditionellen Landmaschinenausstellung gebotene besondere bäuerliche Schau hin. Der Landesbauernführer hob hervor, daß die Auswirkungen der Marktordnung, mit der ein kompromißloser Schnitt durch eine langjährige Tradition gemacht worden sei, zufriedenstellend seien. Die früheren Schäden fingen an, sich sichtbar auszuheilen. Der Vorteil der Marktordnung bestehe aber vor allem auch darin, daß sie eine wertvolle Hilfe bei Zollverhandlungen mit anderen Staaten abgebe, indem sie eine klare Uebersicht über die Vorräte und die Marktverhältnisse biete.

Schließlich ergriff der Gauleiter und Oberpräsident Josef Wagner das Wort. Er bezeichnete die Eröffnung der Breslauer Südostausstellung als ein bedeutsames Ereignis, das über die Grenzen Deutschlands hinausreiche und in den ost- und südosteuropäischen Raum greife. Zum ersten Male weite sich der traditionelle Breslauer Landmaschinenmarkt zu einer wirklich umfassenden Ausstellung, die nicht nur Zeugnis von der schlesischen, sondern von der ganzen deutschen Wirtschaft ablege und zugleich Spiegelbild des wirtschaftlichen Charakters der Staaten des europäischen Ost- und Südostraumes sei, die die Ausstellung beschickt hätten.

Damit trete auch das ernsthafte Streben des nationalsozialistischen Staates nachdrücklichst hervor, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten in ein natürliches, gesundes und damit organisches Verhältnis zu bringen, um in friedlicher Weise entschieden an einer vernünftigen Ordnung des europäischen Raumes mitzuwirken.

Die Südostausstellung sei zu einer Angelegenheit des gesamten Reiches geworden. Die außerordentlich starke Beschickung der Ausstellung seitens der Gesamtwirtschaft des Deutschen Reiches und der Ost- und Südoststaaten spreche für ihre erhöhte Bedeutung. Die Südostausstellung sei aber nicht nur eine wirtschaftlich-kaufmännische Angelegenheit, sondern ein Mittel zum Zusammenführen der Nationen auf dem Wege des wirtschaftlichen Warenaustausches.

Schließlich gab der Gauleiter dem Wunsche Ausdruck, daß allen an der Ausstellung Beteiligten die Erkenntnis zuteil werden möge, daß friedliches und verständnisvolles Zusammenwirken auf den verschiedensten Gebieten die Völker des Ostens und Südostens mit dem Deutschen Reich enger zusammenführe und allseits zur Hebung des materiellen Glückes beitrage.